



Protokollauszug zum BILDUNGS- UND SOZIALAUSSCHUSS

am Mittwoch, 06.07.2022, 17:00 Uhr, Kulturzentrum, Großer Saal

ÖFFENTLICH

TOP 1 **Anmeldesituation Kindertagesstätten - mündlicher Bericht**

Beratungsverlauf:

EBMin **Schmetz** begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Nachdem es zur Tagesordnung keine Änderungswünsche gibt, ruft sie Tagesordnungspunkt 1 auf.

Ein **Mitarbeiter** des Fachbereiches Bildung und Familie berichtet zum Thema anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt.

EBMin **Schmetz** eröffnet die Aussprache. Man habe viel gemacht, jedoch reiche dies nicht aus. Um den tatsächlichen Bedarf zu ermitteln habe man die Anmeldezahlen und die belegten Plätze im U3 Bereich verglichen. Es errechnet sich eine Quote von 55 %. Die momentane Ausbaquote liege bei 43%.

Die Familienplanung und die Umstände verändern sich, so Stadträtin **Wiedmann**. Zudem seien wegen Corona viele Eingewöhnungen geschoben worden. Der Ausbau kann den Bedarf nicht einholen. Sie fragt nach den Anmeldezahlen der ukrainischen Kinder. Zudem will sie wissen, ob die Tagespflege einen Teil abdecken kann. Weiter wünscht sie mehr Information über die Kampagne zur Personalgewinnung.

Stadtrat **Meyer** geht mit der Vorrednerin mit. Er fragt nach den Zahlen der Tageseinrichtungen in Ludwigsburg. Er wünscht mehr Information über die aktuellen Baumaßnahmen, möglichst im September.

Man schiebe eine Bugwelle vor sich, merkt Stadträtin **Moersch** an. Sie freut sich über den derzeitigen Trend zu mehreren Kindern. Sie sieht eine Chance in den Kindernestern und fragt, warum der Ausbau nur schleppend vorangehe.

Die Gewährleistung der Betreuung sei wichtig, so Stadträtin **Metzger**. Der limitierende Faktor sei der Wohnraum wie auch das Personal. In den Kindertagesstätten kämpfe man seit Jahren mit dem Personalmangel. Vermutlich werde es immer eine Lücke zwischen Bedarf und Angebot geben.

Stadtrat **Heer** spricht von einer Mangelverwaltung und einer angespannten Situation. Dies dürfe auf

Dauer nicht hingenommen werden und er wünscht ein entsprechendes Konzept.

EBMin **Schmetz** geht auf die offenen Fragen ein. Derzeit seien 10 ukrainische Kinder im Alter von 5 Jahren in den Kindertagesstätten aufgenommen worden, um diese auf den Schulkontext vorzubereiten. Die fünfjährigen Kinder, vor allem ohne Sprachkenntnisse, werden vorrangig berücksichtigt, damit die Sprache ein Schlüssel für den schulischen und beruflichen Erfolg

**TOP 1 Anmeldesituation Kindertagesstätten
- mündlicher Bericht**

werden kann. Sonst werde keine Bevorzugung erfolgen. Die Anmeldung der ukrainischen Kinder erfolgt ebenso über die Anmeldeliste. Sie verweist auf die lange Warteliste. Jeder habe einen individuellen dringlichen Bedarf. Kinder die keinen Platz erhalten werden teilweise über die Tagespflege abgedeckt. Zudem suchen die Eltern privat nach Lösungen oder verlängern die Elternzeit. Zum Personalmangel und der Auswertung der Kampagne gebe es eine gesonderte Vorlage im September. Der fehlende Wohnraum sei die große Problematik beim Ausbau der Kindertagesstätten. Man suche nach geeigneten Wohnungen. Bei Neubaugebieten wird eine Integration von Kindertagesstätten vorausgesetzt. Bei Neubauprojekten versuche man ebenso einzuwirken. Tagespflegepersonen für die Kindertagesstätten seien bisher vorhanden. Die Anregung bezüglich des Einflusses zum Sachstand der laufenden Baumaßnahmen und der Aufnahme der Kinder werde mitgenommen.

**TOP 2 Vorstellung der Prognosen zum
Kindertagesstätten Bedarfsplan
- mündlicher Bericht**

Beratungsverlauf:

EBMin **Schmetz** führt in das Thema ein. Als Basis für die Hochrechnungen sei eine Bedarfssituation von 55% zugrunde gelegt worden.

Es erfolgt ein Bericht durch den Geschäftsführer der **Projektgruppe biregio** anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt. Wenn Ludwigsburg 45 neue Kita-Gruppen gebaut hätte, gäbe es keine Probleme in den nächsten zehn Jahren. Nach seiner Prognose dauert es derzeit bis etwa 2035, bis der Bedarf gedeckt werden könne. Einpendler und Flüchtlinge seien, soweit möglich, eingepreist. Im Vergleich zu anderen Kommunen sei Ludwigsburg fast überall führend, aber nicht ausreichend. Neben der Schaffung neuer Plätze sei auch in die Qualität investiert worden, führt er lobend aus.

EBMin **Schmetz** dankt dem Vortragenden und eröffnet die Aussprache. Man werde weiter investieren. Sie fragt, ob mit den 55% weitergedacht werden kann und auf die Stadtteile heruntergebrochen werden kann. Sie wünscht ein Signal aus dem Gremium. Nicht nur Ü3, sondern auch U3 Kinder sollen langfristig auch vor Ort betreut werden können. Hierzu wünscht sie noch

mehr Information. Die Vorstellung solle dann im Herbst erfolgen.

Das Delta sei vorhanden, so Stadträtin **Wiedmann**. Es gehe nur schleppend voran. Der Bedarf könne so nicht aufgeholt werden. Die Prognose basiert auf einer Momentaufnahme, dies könne sich schnell ändern. Sie freut sich dennoch über das indirekte Lob. Man sei auf einem guten Weg und auch von weiteren Faktoren, wie Personal, abhängig.

Stadtrat **Meyer** drängt beim großen Mangel auf einen weiteren Ausbau. Das haben wir eigentlich jedes Jahr, merkt er an. Die Thematik müsse im Gesamtkonsens im Gemeinderat beraten und eine Gewichtung vorgenommen werden. Die Haushalte von Bund und Land leeren sich. Es gebe viele Projekte, die dringend seien. Die anderen Dezernate seien ebenso gefragt, hier müsse es zur Quote eine Klarheit geben. Der Qualitätsstandard in den östlichen Bundesländern sei nicht mit

TOP 2 **Vorstellung der Prognosen zum
Kindertagesstätten Bedarfsplan
- mündlicher Bericht**

dem Standard in Baden-Württemberg zu vergleichen. Bei Neubauten der Wohnbau solle eine Wohnraumquote für wichtige Berufsgruppen festgelegt werden.

Wir schieben eine Welle an Bedarf vor uns her, merkt Stadträtin **Moersch** an. Der Trend gehe weg von Ein-Kind-Familien, das sei gut so, meint sie. Corona, Ukraineauswirkungen oder Arbeitslosigkeit seien Sorgen bei den Eltern und werde beim Kinderwunsch berücksichtigt. Ludwigsburg sei eine familienfreundliche Kommune, dennoch noch nicht zufriedenstellend. Familien brauchen eine gute Familienbetreuung. Die Frauen gehen in die Berufstätigkeit zurück. In neuen Wohngebieten sollen Kindernester mitgedacht werden, ebenso Betriebskindergärten. Zum Letzteren fragt sie nach Erfahrungen anderer Städte.

Stadträtin **Metzger** sieht die Anstrengung, auch wenn es nicht ein 100-prozentiges Angebot gebe. Die Richtung sei gut. Sie will wissen, ob Corona eine Auswirkung gezeigt habe.

Bildung dürfe nicht in die Prioritäten mit Sport und Kultur gesetzt werden, merkt Stadträtin **Schmidt** an, sondern sei der Kern der Sozialgerechtigkeit für die Frauen und die Kinder.

Momentan gebe es 189 Tagespflegeplätze, so der Geschäftsführer der **Projektgruppe biregio**. Die Geburtenzahl während der Coronaphase liege höher als die Vorjahre. Eine wesentliche Gruppe seien die 80-jährigen. Hier gebe es große Reserven an Wohnraum und Wohnraumschaffung. Weiter geht er auf den Fachkräftemangel ein. In der Arbeitskraft der Frauen liege viel Potential. Die Ausgangsbasis von 55% sei ein sinnvoller Vorschlag. Die Erfahrungen anderer Städte zu Betriebs-Kitas werden nachgereicht.

Eine Quote müsse für den Ausbau festgelegt werden, so EBMIn **Schmetz**. Sie geht auf die gesetzlichen Verpflichtungen der Bedarfsdeckung ein. Jährlich mehrfach werde die Quote reflektiert. In der Herbstsitzung werde hierüber nochmal vorberaten. Ergänzend geht sie auf die Betriebs-Kitas ein. Im Bereich Wirtschaftsförderung werde dieses Thema als Wirtschaftsstandort berücksichtigt. 30 Gruppen im U3-Bereich entsprechen 60 Kindernestern. Hierfür gebe es den Wohnraum nicht. In den neuen Bebauungsplänen werden Kindernester mitgedacht.

Man solle für neue Ideen und Kompromisslösungen offen sein, plädiert Stadträtin Dr. Traub und

kann sich auch ein Schichtbetrieb vorstellen.

Schichtbetrieb sei bisher nicht angenommen worden, so EBMin **Schmetz**. Man suche nach weiteren kreativen Lösungen. Sie schließt diesen Tagesordnungspunkt.

TOP 3

**Maßnahmen zur Bedarfsplanung
Kindertageseinrichtungen für das
Kindergartenjahr 2022/23
(Vorberatung)**

Vorl.Nr. 202/22

Beschlussempfehlung:

Den beantragten Änderungen des Betreuungsangebots laut Anlage 1 für das Kindergartenjahr 2022/23 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Befangenheit: Stadträtin Metzger

Der Beschluss erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

Stadträtin **Metzger** erklärt sich für befangen und rückt vom Sitzungstisch ab.

Nachdem auf einen Sachvortrag verzichtet wird, eröffnet EBMin **Schmetz** die Aussprache.

Stadträtin **Wiedmann** fragt, ob die Abfrage in allen Einrichtungen erfolgt sei. Sie finde es wichtig, dass die Anpassung auf die Bedürfnisse der momentanen Eltern erfolge.

Stadtrat **Heer** geht auf die Auswirkungen und den zusätzlichen Bedarf durch die demografische Entwicklung ein. Die Versorgungssituation sei teilweise angespannt. Die Eltern wünschen sich eine höhere Flexibilität. Man brauche den weiteren Ausbau von Betreuungsplätzen und die Anpassung der Betreuungszeiten. Der Rechtsanspruch solle erfüllt werden können. Verstärkt solle der Fokus auf Personalgewinnung gelegt werden. Er stimmt der Vorlage zu.

Der **Leiter** des Fachbereiches Bildung und Familie geht auf die offenen Fragen ein. Alle Träger machen eine Bedarfsabfrage und dies werde künftig stadtweit standardisiert als zentrale Umfrage angestrebt. Der Trend gehe zu mehr Flexibilität.

EBMin **Schmetz** lässt über die Vorlage abstimmen.

Stadträtin **Metzger** nimmt am Sitzungstisch wieder Platz.

TOP 4

**Jugendmusikschule Ludwigsburg e.V. –
Jahresbericht 2021, Freigabe des städtischen
Zuschusses 2022
(Vorberatung)**

Vorl.Nr. 201/22

Beschlussempfehlung:

1. Der Bericht 2021/22 der Jugendmusikschule Ludwigsburg e.V. wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
2. Der städtische Zuschuss für das Haushaltsjahr 2022 wird in Höhe von insgesamt 611.180 Euro zur Auszahlung freigegeben.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Der Beschluss erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

Die **Leiterin** des Fachbereiches Kunst und Kultur führt anhand der Vorlage in das Thema ein. Die

Jugendmusikschule Ludwigsburg e.V. wird von einem Verein getragen, im Gegensatz zu den meisten städtischen Musikschulen im Land. Für die Stadt sei dies vorteilhaft, da sämtliche Verbindlichkeiten der Verein trage.

Die **Schulleiterin** der Jugendmusikschule Ludwigsburg e.V. verweist auf den Jahresbericht und teilt mit, dass mit viel Geschick und guten Ideen sowie dem unermüdlichen Einsatz des Kollegiums der Unterricht während der Pandemie erfolgreich weitergeführt werden konnte. Die Berührung mit Musik sei ein wichtiger emotionaler und persönlicher Ausgleich für Kinder und Jugendliche und ein Bestandteil der gesunden kindlichen Entwicklung. Eltern und Kinder haben das Angebot sehr gerne angenommen. Man sei grundlegend auf öffentliche Förderungen angewiesen und sie dankt für die Unterstützung.

EBMin **Schmetz** eröffnet die Aussprache.

Stadträtin **Wiedmann** spricht ihren Dank an das Team und die Förderer aus. Sie ist froh, dass zwischenzeitlich die Lehrkräfte der MusikImpulse in regulären Beschäftigungsverhältnissen stehen. Sie bedauert, dass dieses wichtige Projekt während der Pandemie nicht im vollen Maße angeboten werden konnte. Für die frühkindliche Bildung sei dies ein wichtiger Bestandteil. Sie geht auf die Ludwigsburg Card ein und fragt nach der Nachfrage. Zudem wünscht sie mehr Information zum gewünschten flexiblen Förderrahmen. Sie fragt, warum die Haushaltssatzung für die Einzelfreigaben von Zuschüssen eine Rechenschaft vorsehe.

Stadträtin **Dr. Traub** dankt und geht deutlich auf die Rolle während Krisenzeiten ein. Musik trägt zur Stärkung der Resilienz bei. Musik kann zur Regulierung von Stress, Depression und Angst eingesetzt werden. Ebenso kann die Musik auch als Ersatz für soziale Interaktionen genutzt werden. Die rasche Digitalisierung, Flexibilität und innovative Reaktion spricht sie lobend an. Die guten Leitungen bei den Wettbewerben haben bei den Kindern viel bewirkt.

Stadträtin **Moersch** lobt die großartige Einrichtung und dankt dem Team. Sie stimmt der Vorlage gerne zu. Bildungsferne Familien sollen unterstützt und die Angebote attraktiv gemacht werden. Die Wirkung der Musik auf die Entwicklung der Kinder sei unbestritten.

TOP 4

**Jugendmusikschule Ludwigsburg e.V. –
Jahresbericht 2021, Freigabe des städtischen
Zuschusses 2022
(Vorberatung)**

Vorl.Nr. 201/22

Stadtrat **Prof. von Stackelberg** dankt dem Team. Er sei froh über diese Einrichtung. Die Festanstellung der Lehrkräfte der MusikImpulse sei wichtig, auch für eine stabile Absicherung der Lehrkräfte. Die Teilhabe an Musik und der soziale Gedanke sowie die Finanzierbarkeit sei ein großes Anliegen. Nicht elitär, sondern für alle mit einer Abdeckung der breiten Masse. Die Zugewanderten sollen ebenso einbezogen werden. Er fragt nach dem Prozentsatz zwischen Festangestellten und Honorarkräften.

Die Jugendmusikschule leiste eine umfangreiche Arbeit, so Stadtrat **Heer**. Er lobt die Arbeit und das große Engagement sowie die Kooperation Schule und Verein. Das digitale Angebot während der Pandemie schätzt er sehr. Er dankt allen Akteuren.

Schulleiterin der Jugendmusikschule Ludwigsburg e.V. dankt dem Gremium für das positive

Feedback und geht auf die dynamische Entwicklung ein. Die Einrichtung sei fest in der Bildungslandschaft der Stadt verankert. Sie ist sehr froh über den Neustart der Musikimpulse und Haustarifverträgen für die Lehrkräfte. Der Lehrerstand sei stabil. Ansonsten sei der Arbeitsmarkt leer. Sie geht auf den flexiblen Förderrahmen ein. Die Kurse seien bei 100 gedeckelt. Die Nachfrage sei größer. Sie würde gerne bedarfsgerecht Kurse anbieten. Weiter geht sie auf die Ludwigsburg Card ein. Sofern die Förderung bei 50% bleibe, werden viel Familien sich dies nicht mehr leisten können. Bei 60% werde dies die Stadt etwa 6.000, --Euro kosten. Für dieses Jahr habe man Drittmittel erhalten. Der Prozentsatz der freien Mitarbeiter liege derzeit bei 17%.

Die Quote solle bei 80% für Festangestellte und 20% für Honorarkräfte liegen, ergänzt die **Leiterin** des Fachbereiches Kunst und Kultur. Dies sei ein wesentliches und stabilisierendes Element im Gesamtkosmos.

EBMin **Schmetz** stellt die Vorlage zur Abstimmung.

TOP 5

Akademie für Darstellende Kunst Baden-Württemberg - Gewährung städtischer Zuschuss 2023 ff - Vorstellung neue Akademieleitung (Vorberatung)

Vorl.Nr. 206/22

Beschlussempfehlung:

Die Akademie für Darstellende Kunst Baden-Württemberg wird in den Haushaltsjahren 2023 bis 2025 mit einem Betriebskostenzuschuss i.H.v. 150.000, - Euro pro Jahr gefördert. Der Zuschuss steht im jeweiligen Haushaltsjahr unter dem Vorbehalt der Genehmigung des Haushaltsplans.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Der Beschluss erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

TOP 5

Akademie für Darstellende Kunst Baden-Württemberg - Gewährung städtischer Zuschuss 2023 ff - Vorstellung neue Akademieleitung (Vorberatung)

Vorl.Nr. 206/22

Beratungsverlauf:

Der **Künstlerische Direktor/ Geschäftsführer** der Akademie für Darstellende Kunst Baden-Württemberg geht auf die Vorlage ein.

EBMin **Schmetz** eröffnet die Aussprache. Sie freut sich über die Transformation in die Hochschulen
Protokollauszug Bildungs- und Sozialausschuss 06.07.2022

und eine gelebte Stadtgesellschaft. Weiter geht sie auf die Vorlage ein.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** dankt für den bunten Strauß an Ideen und Veränderungen. Sehr beeindruckend war der Auftritt im Franck-Areal. Die Akademie wirke gut in die Stadt sowie national und zeige Präsenz in der Stadtgesellschaft. Die Magazine seien wertvoll, jedoch bedauert sie den Papierverbrauch. Der Wikipedia Eintrag solle noch ergänzt werden.

Stadtrat **Meyer** lobt die guten Ideen. Er wünscht eine größere Transparenz in die Gesamtstadt und die Vernetzung in die Stadtgesellschaft hinein. Eine Kooperation mit dem Bürgertheater fände er gut. Internationale Vernetzungen sollen auch mit Italien stattfinden. Zudem könne er sich einen Fünfjahreszuschuss vorstellen.

Die ADK sei eine große Bereicherung für die Stadt, so Stadträtin **Moersch**. Die Nähe zur Filmakademie sei genial. Ein breiter Strauß der geplanten Aktivitäten wurde präsentiert. Sie wünscht sich eine Zusammenarbeit mit den Schulcampus. Darstellende Kunst bewirke viel bei jungen Menschen. Sie geht auf den Akademiehof ein. Sie fragt nach den Plänen, wie die ADK in den öffentlichen Raum gebracht werden könne. Sie habe sich ebenso über den Dreijahreszeitraum gewundert.

Der interdisziplinäre und globale Ansatz sei gut, meint Stadtrat **Prof. von Stackelberg**. Er kann sich weitere Kontaktmöglichkeiten zu weiteren Hochschulen. Eine öffentliche Darstellung der Einrichtung sei wichtig. Der Zuschussbedarf sei für die eher geringe Anzahl der Studierenden hoch, jedoch gerechtfertigt. Er wünscht eine Sichtbarmachung in der Stadt. Zudem solle der Akademiehof einbezogen werden. Alle drei Jahre solle ein Bericht erfolgen.

Die ADK sei ein Aushängeschild für Ludwigsburg, lobt Stadtrat **Heer**.

Der **Künstlerische Direktor/ Geschäftsführer** der Akademie für Darstellende Kunst Baden-Württemberg dankt für das positive Feedback. Zusammen mit der Filmakademie plane man ein Projekt am Akademiehof. Man wolle die Jugendlichen vor Ort kreativ animieren und einbinden. Er weist auf das Programm Open Academy hin, dies gebe es bereits seit mehreren Jahren und richte sich an die Schulen und Firmen. Weitere Schulzusammenarbeit sei sehr betreuungsintensiv. Die Studierenden sind hier eher zurückhaltend. Es werden Ideen und weitere Projekte angedacht, auch gemeinsam mit Vereinen und Gruppierungen in der Stadt.

Wichtig sei eine Stabilität für die Kulturlandschaft herzustellen, merkt EBMIn **Schmetz** an, da diese in ihrer Existenz erschüttert sei. Zur Planungssicherheit für die ADK, aber auch hinsichtlich der wirtschaftlichen Situation der Stadt, schlägt sie einen Dreijahreszuschuss vor. EBM Schmetz lässt über die Vorlage abstimmen.

Beschlussempfehlung:

1. Für die Alarmierung bei einem Wohnungsbrand (Alarmierungstichwort B3) wird das Schutzziel 1 mit 12 Funktionen und das Schutzziel 2 mit weiteren 6 Funktionen festgelegt.
2. Für die Alarmierung bei einem kritischen Wohnungsbrand (Alarmierungstichwort B4) wird das Schutzziel 1 mit 12 Funktionen und das Schutzziel 2 mit weiteren 10 Funktionen festgelegt.
3. Der anzustrebende Zielerreichungsgrad liegt bei deutlich über 90 %. Sollte das Ziel unter 90 % fallen, sind Optimierungsmaßnahmen einzuleiten.
4. Dem anhängenden Maßnahmenplan (s. Anlage 1 und 2) wird dem Grunde nach zugestimmt. Einzelmaßnahmen müssen dem Gremium vorgelegt werden. Jährlich wird per Informationsvorlage über den Sachstand informiert.
5. Zur Sicherung des Zielerreichungsgrads wird die Verwaltung beauftragt, die anhängenden Maßnahmen (Einsatzkräfte, Gerätehäuser und Technik) mittels einer fachbereichsübergreifenden Projektgruppe sukzessive umzusetzen. Die stete Kommunikation zwischen Haupt- und Ehrenamt ist zu sichern.
6. Die Verwaltung empfiehlt bereits jetzt die Dienstzeit in der hauptamtlich besetzten Wache an Werktagen um 2 Stunden zu erweitern. Die neue Dienstzeit für 12 Funktionen beläuft sich auf 6 bis 18 Uhr (früher: 7-17 Uhr). Dem Personalmehrbedarf von 3 Vollzeitstellen im mittleren technischen Feuerwehrdienst wird zugestimmt. Der Freigabe der bisher gesperrten 6 Vollzeitstellen im Stellenplan 2022 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Der Beschluss erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

EBMin **Schmetz** und **Vertreter der Feuerwehr** gehen auf die Vorlage ein.

EBMin **Schmetz** eröffnet die Aussprache.

Alle Fragen seien in der informativen Klausur bereits beantwortet worden, fügt Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** hinzu. Die Kommandantenfrage interessiert sie noch. Zudem wünscht sie Informationen zur Aussage des Kreisbrandmeisters bezüglich beheizter und zugänglicher Feuerwehrhäuser.

Stadtrat **Meyer** spricht seine große Wertschätzung aus. In der Klausur konnte ein enger Austausch stattfinden. Man brauche Haupt- und Ehrenamt. Er hofft auf eine Stärkung der gesamten Kameradschaft. In den nächsten Jahren müsse viel investiert werden. Zudem stehe man bei der Personalsuche im Wettbewerb und Konkurrenz zu anderen Feuerwehren. Rahmenbedingungen, wie ein Wohnungsangebot, müssen geschaffen werden. Ein bestmöglicher Schutz der Bevölkerung sei

das Ziel. Für die Einzelentscheidungen werden entsprechende Beschlüsse gefasst. Er dankt

TOP 6

**Grundsatzbeschluss Brandschutzbedarfsplan
2019-2024
(Vorberatung)**

Vorl.Nr. 203/22

dem Engagement der Ersten Bürgermeisterin und allen Beteiligten. Der Vorlage werde zugestimmt. Er versteht den genannten Zeitraum 2019 bis 2024 in der Vorlage nicht. Er wünscht eine Planungsrate vor den Haushaltsberatungen.

Stadtrat **Dengel** stimmt der Vorlage zu und spricht seinen Dank aus. Es gehe um die Sicherheit der Bevölkerung. Er geht auf die finanzielle Situation ein und hofft, dass in den kommenden Jahren vieles umgesetzt werden kann.

Der Brandschutzbedarfsplan sei sehr umfangreich, merkt Stadtrat **Prof. von Stackelberg** an. Die Sicherheit der Bevölkerung, die Organisation der Feuerwehr und die Finanzierung müsse kompatibel auf Ludwigsburg eingerichtet sein. Für die Entscheidungsstrukturen wäre die Besetzung der vakanten Kommandantenstelle wichtig. Er hofft auf eine konstruktive Zusammenarbeit und schnelle Umsetzung der Rahmenbedingungen. Er fragt nach den Kosten für die Folgemaßnahmen und wünscht Informationen über die Zukunftsfähigkeit. Der Vorlage wird zugestimmt.

Stadtrat **Heer** stimmt der Vorlage ebenso zu. Es gebe einen akuten Handlungsbedarf in vielen Feldern. Er hofft auf eine zeitnahe Umsetzung der Maßnahmen und dankt allen Beteiligten. Weiter wünscht er Information zu Beschaffung von Fahrzeugen ohne Verbrennermotor.

Ein **Vertreter der Feuerwehr** geht auf die Fahrzeugproblematik ein. Viele Fahrzeuge seien veraltet. Probleme gebe es bei der Beschaffung. Die Lieferzeit liege derzeit bei 100 Wochen. Er geht auf die Aussage des Kreisbrandmeisters ein. Dies sei in der Praxis nicht umsetzbar. Die Feuerwehr könne als Ansprechpartner und Vermittler dienen. Die Zukunft der Elektrofahrzeuge sei noch ungewiss. Er dankt der Ersten Bürgermeisterin für die Unterstützung.

EBMin **Schmetz** geht auf das Kommandantenauswahlverfahren und den umkämpften Markt ein. Kreisfreie Städte im Umkreis haben eine andere Bewertung der Stellen. Sie hofft, einen Personalvorschlag im Herbst präsentieren zu können. Die Personalsituation müsse vom Fachbereich hochgerechnet werden. Die sanierungsbedürftigen Gerätehäuser seien aufgelistet und müssen bewertet werden unter Berücksichtigung der Folgekosten. Dringliche Maßnahmen müssen schnell angegangen werden, ansonsten finde eine sukzessive Umsetzung statt. Der Fahrzeugpark sei überaltert. Eine Planungsrate werde für die Haushaltsberatungen vorliegen. Dies steht dann in Abwägung zu allen Maßnahmen. Man werde eine interdisziplinäre Steuergruppe einrichten. Die Kommunikation sei enorm wichtig. Der Brandschutzbedarfsplan sei auf 5 Jahre ausgelegt. Die Datenbasis sei das Jahr 2019. Die Landesverbände seien hinsichtlich des Verbrennermotors bereits aktiv. Sie dankt allen Beteiligten für die gute Zusammenarbeit und lässt über die Vorlage abstimmen.

Abweichender Beschluss:

Der Verein Tragwerk e.V. erhält ab dem Jahr 2023 für weitere drei Jahre eine Förderung von jeweils ~~41.000~~ 48.500 Euro/Jahr für die Standorte des Café L´ink sowie für die Weiterführung und den Ausbau des Netzwerks Inklusion. *Für das Jahr 2022 eine Erhöhung von 4.000 Euro.*

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der abweichende Beschluss wird mit 9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Beratungsverlauf:

Stadträtin **Shoaleh** schlägt vor die Tagesordnungspunkte 7, 8 und 9 gemeinsam zu beraten. Das Gremium zeigt sich damit einverstanden.

Nachdem ein Vortrag nicht gewünscht wird, eröffnet EBMin **Schmetz** die Aussprache. Sie informiert, dass DIE LINKE zur Förderung des Vereins Tragwerk e.V. einen Antrag stellen wollen. Sie gibt das Wort an Stadträtin Schmidt weiter.

Stadträtin **Schmidt** stellt folgenden Antrag: „Die in der Beschlussvorlage 172/22 benannte Förderung des Vereins Tragwerk e.V. soll von 41.000 Euro um 7.500 Euro auf 48.500 Euro ab 2023 erhöht werden. Für das Jahr 2022 soll die Erhöhung 4.000 Euro betragen.“ Dies sei eine kleine Summe mit einer großen Wirkung, so Schmidt und sie hofft auf Unterstützung aus dem Gremium. Das Angebot sei niederschwellig und werde gut angenommen. Die bewährte Strategie solle aufrechterhalten bleiben. Die Vereine brauchen Planungssicherheit.

Der **Leiter** des Fachbereiches Gesellschaftliche Teilhabe, Soziales und Sport geht auf die Vorlage 172/22 ein. Nach Rücksprache mit dem Verein Tragwerk e.V. sei für das Jahr 2022 eine Summe von 4.000, --Euro ausreichend. Der Sprechertreff kann durch eine private Spende momentan stattfinden.

EBMin **Schmetz** fasst den Antrag zusammen. Für das Jahr 2022 soll es eine Erhöhung um 4.000, -- Euro und ab 2023 eine Erhöhung um 7.500, -- Euro geben.

Stadträtin **Shoaleh** dankt den Hauptamtlichen und den Ehrenamtlichen für ihr Engagement und wird den Vorlagen zustimmen. Die Vereine leisten eine großartige Arbeit im Bereich der Inklusion.

Viele Barrieren müssen abgebaut und Benachteiligungen aufgehoben werden, dies sei das Ziel. Mit verbesserten Rahmenbedingungen soll eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht werden. Fördertöpfe sollen ausgeschöpft werden. Sie kann mit dem Antrag mitgehen.

Alle drei Vereine haben eine große Präsenz in der Stadt, so Stadträtin **Dr. Traub**. Sie könne dem Antrag und dem Zuschuss für das Jahr 2022 in Höhe von Euro 4.000, -- zustimmen. Ab 2023 solle die Erhöhung jedoch in die Haushaltsberatungen einfließen. Sie geht auf die Angehörigenarbeit ein und unterstützt jegliche Art von Entlastung.

Stadtrat **Dengel** lobt die hervorragende Arbeit und wird den Vorlagen zustimmen. Ebenso kann er
TOP 7 **Förderung des Vereins Tragwerk e.V.** **Vorl.Nr. 172/22**

mit dem Antrag mitgehen.

Jeder Verein habe ein einzigartiges Angebot, so Stadträtin **Metzger** und spricht ihren Dank aus. Die Vereine brauchen eine langfristige Planungssicherheit. Sie unterstützt den Antrag.

Stadtrat **Heer** stimmt ebenso zu. Die Zuschüsse seien angemessen und eine gut angelegte Hilfe für einen besonderen Personenkreis.

EBMin **Schmetz** spricht ihren Dank an alle drei Vereine aus und lässt nach dieser Aussprache über den Antrag von Stadträtin Schmidt abstimmen. Dieser wird mit 9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen angenommen. Danach lässt sie über den geänderten Beschlussvorschlag, wie oben kursiv eingefügt, abstimmen.

TOP 8 **Städtischer Zuschuss für den Verein Theater Inklusiv e.V.** **Vorl.Nr. 173/22**

Beschluss:

Der Verein Theater Inklusiv e.V. erhält im Jahr 2022 eine Förderung von 15.000 Euro und für die Jahre 2023 und 2024 jeweils einen Zuschuss von 10.000 Euro für seine inklusive Theaterarbeit.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Beratungsverlauf:

Die Beratung erfolgt gemeinsam mit Tagesordnungspunkt 7 und 9.

TOP 9

**Städtischer Zuschuss für die Lebenshilfe
Ludwigsburg e.V.**

Vorl.Nr. 183/22

Beschluss:

Die Lebenshilfe Ludwigsburg e.V. erhält für die Jahre 2022, 2023 und 2024 einen jährlichen Zuschuss von 12.000 Euro zur Unterstützung ihrer Angebote in der Freizeitarbeit und in den familienentlastenden Diensten.

TOP 9

**Städtischer Zuschuss für die Lebenshilfe
Ludwigsburg e.V.**

Vorl.Nr. 183/22

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Beratungsverlauf:

Die Beratung erfolgt gemeinsam mit Tagesordnungspunkt 7 und 8.

TOP 10

**Beauftragung der AWO mit der Betreuung von
Geflüchteten**

Vorl.Nr. 196/22

Beschluss:

Die Arbeiterwohlfahrt Ludwigsburg gGmbH (AWO) wird damit beauftragt, neben der Betreuung der Anschlussunterbringung (AU) Erlenweg rückwirkend ab dem 1. Juli 2022 zusätzlich die Betreuung der in den Anschlussunterbringungen Schlieffenstraße und Theodor-Heuss-Straße untergebrachten Flüchtlingen zu übernehmen, sowie die sog. städtische Poolberatung zu unterstützen. Es ist mit jährlichen Kosten von rund 112.000 Euro zu rechnen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Befangenheit: Stadträtin Metzger

Beratungsverlauf:

Stadträtin **Metzger** erklärt sich für befangen und rückt vom Sitzungstisch ab.

Nachdem auf einen Sachvortrag verzichtet wird, eröffnet EBMIn **Schmetz** die Aussprache.

Stadträtin **Shoaleh** dankt der AWO. Sie spricht ihre Anerkennung zur Organisation des MIR in der Friedenskirche aus. Die Unterbringung des Servicecenter Ukraine im Kulturzentrum sei gut gelungen. Sie gibt zu bedenken, dass die Belange aller Geflüchteten im rechtlichen Rahmen gleichberechtigt behandelt werden. Sie stimmt der Vorlage gerne zu.

EBMin **Schmetz** lässt über die Vorlage abstimmen und schließt im Anschluss den öffentlichen Teil der Sitzung.

Stadträtin **Metzger** nimmt wieder am Sitzungstisch Platz.